



David Aderholz | Johanna Bröse |
Georg Gläser | Gudrun Hentges | Daniel Keil |
Johanna Maj Schmidt | Oliver Decker (Hrsg.)

Autoritäre Entwicklungen, extrem rechte Diskurse und demokratische Resonanzen

BELTZ JUVENTA

Der vorliegende Band bietet Einblicke in die Forschungsarbeiten des Graduiertenkollegs Rechtspopulismus der Universität zu Köln und des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Die Verlagsgruppe Beltz behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

Dieses Buch ist erhältlich als:

ISBN 978-3-7799-9080-2 Print

ISBN 978-3-7799-9081-9 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-7799-9082-6 E-Book (ePub)

1. Auflage 2025

© 2025 Beltz Juventa

Verlagsgruppe Beltz

Werderstraße 10, 69469 Weinheim

service@beltz.de

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Angela Martin

Bilder: Johanna Maj Schmidt

Satz: Helmut Rohde, Euskirchen

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag

(ID 15985-2104-1001)

Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Einleitung	7
Zu den Bildern des Sammelbands <i>Johanna Maj Schmidt We Must Be Mistaken (Videoinstallation, 2022)</i>	19
I. Internationale Perspektiven	
Entsteht eine europäische Rechte in der politischen Krise der EU? Überlegungen zur Bedeutung der europäischen Ebene für die Entwicklungen der antidemokratischen Rechten <i>Daniel Keil</i>	22
Exklusion und Vernichtung der Kurd:innen – Säulen der türkischen Nationalstaatlichkeit <i>Ismail Küpeli</i>	41
„Kosmisches Magyarentum“. Die okkulten Wurzeln des Illiberalismus und der Mythos der heiligen Krone in Ungarn <i>Magdalena Marsovszky</i>	56
II. Populistische und extreme Rechte: Organisationsformen, Themen und Agitationsfelder	
Das Pegida-Verbot am 19. Januar 2015 Zur Geschichte des ersten Bruchs in der Hochphase der Protestbewegung <i>Felix Korsch</i>	78
Extrem rechte Meme-Krieger Ironisch verleugnerte Sehnsucht nach dem Heroischen im Kontext des „Great Meme War“ <i>Johanna Maj Schmidt</i>	98
Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung als zentrale Akteurin einer politischen Bildung von rechts und das Stiftungsfinanzierungsgesetz <i>Georg Gläser und Gudrun Hentges</i>	119

Ungleichwertigkeitsideologien als komplexe Herausforderung für die Soziale Arbeit <i>Saloua Mohammed Oulad M'Hand</i>	<u>134</u>
---	----------------------------

III. Agitationsfeld Corona-Pandemie

Die formalisierte Zivilgesellschaft im Modus der Krisenverdichtung. Pandemische Effekte und Interventionen von rechts außen <i>Marieluise Mühe</i>	<u>150</u>
--	----------------------------

Der Begriff Radikalisierung und die Entwicklung des Protestes gegen die Corona-Maßnahmen. Eine diskursanalytische Untersuchung <i>Thorsten Eggers</i>	<u>165</u>
---	----------------------------

Verschwürungsideologien und ethnisierter Ausnahmezustand Politiken der niederländischen extremen Rechten in der Coronapandemie 2020–2022 <i>Felix Sassmannshausen</i>	<u>179</u>
--	----------------------------

Diskurse um Solidarität und Freiheit im Kontext der Corona-Pandemie <i>Johanna Bröse</i>	<u>198</u>
---	----------------------------

IV. Strategien gegen autoritäre Entwicklungen, Solidarität als Gegenentwurf

Zwischen Marginalisierung und Aktivismus: Gesellschaftspolitisches Engagement von Rom:nja und Sinti:ze in Deutschland <i>Thorsten Fehlberg</i>	<u>216</u>
--	----------------------------

Die Thematisierung von Nationalsozialismus und extremer Rechter in der IG Metall Mitgliedszeitschrift <i>David Aderholz</i>	<u>236</u>
---	----------------------------

Verzeichnis der Beitragenden

Beitragende	<u>266</u>
-------------	----------------------------

Einleitung

Anfang der 2000er Jahre konzipierten und realisierten zwei Forschungsgruppen unabhängig voneinander ihre Studienreihen zur politischen Einstellung in Deutschland. Die beiden Teams beschäftigten sich mit der Verbreitung rechtsextremer Ideologien und mit der Bereitschaft, andere Menschen abzuwerten. Die Rede ist von der Befragungsreihe „Deutsche Zustände“, die zwischen 2001 und 2011 um den Bielefelder Soziologen und Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer (zuletzt: Heitmeyer 2012) durchgeführt wurde, und den Leipziger „Mitte“-Studien, die von Elmar Brähler und Oliver Decker seit 2002 erhoben werden (zuletzt: Decker et al. 2024, seit 2018 in Leipziger Autoritarismus Studie umbenannt). Die Studien der Bielefelder und Leipziger Forschenden waren kein Glasperlenspiel. Sie sind zu verstehen als Reaktion auf die sogenannten Baseballschlägerjahre, auf die grassierenden Gewalttaten und Pogrome gegen Migrantinnen und Migranten, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma in den 1990er Jahren. Es war Anliegen der Forschenden, die Akzeptanz und Verbreitung jener Ideologien zu beschreiben, die den Gewalttaten zugrunde lagen. Der Anfangsverdacht könnte so formuliert werden: Die Gewalttäter können nur deshalb so ungehindert und offen agieren, weil ihre Motive aus der Mitte der Gesellschaft entspringen.

Die Befunde dieser beiden prominenten Untersuchungsreihen trugen dazu bei, dass die gesellschaftliche Debatte über die Demokratie-Gefährdung nicht mehr nur um die sogenannten Ränder geführt wurde. Der „Extremismus“-Begriff selbst, so stellte sich heraus, führte in die Irre. Abgeleitet vom lateinischen Wort *externus* wird mit ihm etwas bezeichnet, was von außen kommt oder nach außen geht. Ein Ergebnis der Untersuchungen war: Je mehr vom Extremismus geredet wird, desto größer ist der Wunsch, dass das in Frage stehende Phänomen mit dem gesellschaftlichen Zentrum nichts zu tun hat. Das Ergebnis der Studien zeigte das glatte Gegenteil. Ihre Erkenntnis war, dass sich die autoritären Bedürfnisse und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch alle Bevölkerungsschichten zogen. So popularisierte sich vor 20 Jahren mit den Leipziger „Mitte“-Studien auch die Rede von der gesellschaftlichen „Mitte“. Bis heute zeigt die Leipziger Studienreihe, wie stabil die destruktiven und antidemokratischen Einstellungen in der Bevölkerung sind. Wie auch andere Untersuchungen zum autoritären Syndrom – etwa zu den „konformistischen Rebellen“ (Fromm 1941; Schiedel/Uhlig 2015; Nachtwey/Heumann 2019; Amlinger/Nachtwey 2022), zu Nationalismus und Exklusion (Keil 2015) oder zu den Parteien der extremen und populistischen Rechten in Europa (Hentges 2011, Salzborn 2020) – begleiten sie die Entwicklung. Diese Studien haben in den letzten 20 Jahren immer deutlicher gezeigt, dass Rechtsextremismus kein Phänomen der gesellschaftlichen und politischen

Ränder, sondern tief in der Gesellschaft verankert ist. Durch die Popularisierung des „Mitte“-Begriffs geriet aber ein anderes Ergebnis aus dem Blick. Mit der „Mitte“ war in der Leipziger Studienreihe nicht etwa nur eine gesellschaftliche Lage oder ein bestimmtes Milieu gemeint. Bezeichnet werden sollte vielmehr der Umstand, dass die Bedrohung der liberalen Demokratie von ihr selbst ausgeht. In ihrem Zentrum bringt die liberale Demokratie diese destruktiven Phänomene, die autoritären Bedürfnisse, immer wieder aufs Neue hervor. Individuelle Ressentiments entstehen durch die grundlegenden Bedingungen, die in der Gesellschaft vorherrschen: Durch ihre Vergesellschaftung und durch die Art und Weise, wie die Gesellschaft die Lebensgrundlagen der Menschen sichert und welche Lebensbedingungen sie dadurch für die Gesellschaftsmitglieder schafft. Man könnte auch sagen: Es geht um gesellschaftliche Widersprüche, die mit der Ökonomie dieser Gesellschaft aufs Engste verbunden sind. Die derzeit zu beobachtende, verstärkte Krisenwahrnehmung ist Ausdruck derselben gesellschaftlichen Dynamiken, unter der die autoritären Bedürfnisse zum Massenphänomen werden und Politikerinnen und Politiker der extremen und populistischen Rechten bei Wahlen auf Mehrheiten hoffen dürfen.

Ungeachtet der intensiven Bemühungen seitens der Wissenschaft und Forschung und ungeachtet der Anstrengungen, die von der Zivilgesellschaft ausgegangen sind, gelingt es offenbar nicht, diese Ressentiments zurückzudrängen oder gar zu überwinden. Dies ist damit zu erklären, dass sowohl die Ökonomie als auch die autoritären Sehnsüchte nicht von außen kommen. Hier handelt es sich keineswegs um Prozesse, die sich über den Köpfen der Menschen abspielen. Obwohl sie die Motive ihrer ressentimentgeladenen Einstellungen und Meinungen und die Motive ihres Handelns nicht immer selbst benennen können – für ihr Handeln gibt es Gründe. Selbst dort, wo das Handeln auf den ersten Blick irrational und gegen die eigenen Interessen gerichtet zu sein scheint, ohne die eigene Motivation der Menschen ist ihr Handeln nicht zu verstehen. Diese enge Verbindung zwischen einem autoritären Begehren, ökonomischen Bedingungen und gesellschaftlichen Konflikten wurde bislang weder theoretisch ausreichend verstanden, noch konnte das Phänomen in der gesellschaftlichen Praxis effizient und erfolgreich bekämpft werden. Im Gegenteil: Die Gefahr hat sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts keineswegs reduziert, sondern ist kontinuierlich größer geworden. So haben die Wahlen zum Europaparlament im Mai 2024 und auch die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024 sehr deutlich gemacht, dass es sich nicht nur um außerparlamentarische Milieus handelt, sondern völkisch-nationalistische Parteien dazu in der Lage sind, weite Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Nicht zuletzt zeigt sich die kontinuierlich wachsende Gefahr völkisch-nationalistischer Parteien auch an den Ergebnissen der Bundestagswahlen am 23. Februar 2025: Die AfD erhielt im Bundesdurchschnitt 20,8 Prozent aller Zweitstimmen und wurde somit zur zweitstärksten politischen Kraft. Vor allem in Ostdeutschland gelang es ihr,

Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Am erfolgreichsten war sie im Bundesland Thüringen (38,6 Prozent), gefolgt von Sachsen (37,3 Prozent), Sachsen-Anhalt (37,1 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (35,0 Prozent) und Brandenburg (32,5 Prozent). Ihre Wahlerfolge beschränken sich keineswegs auf ostdeutsche Bundesländer. Auch in den westdeutschen Bundesländern, dem Saarland und in Rheinland-Pfalz, konnte sie 21,6 bzw. 20,1 Prozent aller Zweitstimmen auf sich vereinen und wurde somit von einem Fünftel der Wählerinnen und Wähler präferiert.

Derzeit erleben wir, wie in einigen Staaten demokratische Institutionen und Prozesse ausgehöhlt werden – und hierzu nicht überall Parteien der extremen Rechten an der Regierung beteiligt sein müssen. Was destruktiv und „disruptiv“ ist, hat eine hohe Attraktivität. Das macht immer wieder aufs Neue das Bemühen auch der Wissenschaft und Sozialforschung notwendig, um die Grundlagen der Demokratie zu sichern und die Beschränkungen der emanzipativen Handlungsfähigkeit zu reflektieren. Denn mit gezielter Gegenwehr lasse sich die Demokratie retten, schreiben die beiden Demokratieforscher Steven Levitsky und Daniel Ziblatt in ihrem Buch „Wie Demokratien sterben“ (Levitsky/Ziblatt 2018). Diese Feststellung kann man auch als Wunsch lesen. Nehmen wir ihn ernst, bleibt die Frage: Wie aber kann diese Gegenwehr aussehen?

Diese Herausforderungen und Fragen sind heute aktuell, sie haben in den letzten 30 Jahren nichts von ihrer Dringlichkeit verloren. Sie waren auch der Anlass für die Einrichtung eines gemeinsamen Forschungsnetzwerkes, dessen Planung 2018 begann. Auf Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung trafen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, um die Struktur und den theoretischen Rahmen eines Forschungsverbundes von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Qualifizierungsphase zu diskutieren, der sich mit der neonazistischen Herausforderung beschäftigen sollte. Schnell stand bei diesem Treffen fest, dass ein Graduiertenkolleg der passende Rahmen wäre. In ihm könnten, so die Idee, Doktorandinnen und Doktoranden sowie Habilitandinnen und Habilitanden nicht nur ihre Qualifikationsarbeiten diskutieren, sondern auch vom Erkenntnisfortschritt der anderen Teilnehmenden jeweils „in Echtzeit“ profitieren.

Der Arbeitstitel des Graduiertenkollegs umriss das Forschungsprogramm: „Rechtspopulismus im europäischen und transatlantischen Kontext. Komparative Analysen und gesellschaftspolitische Gegenstrategien“. Es ging nicht nur um die Lage in der Bundesrepublik, zu klar trat bereits 2018 die Herausforderung zu Tage: Die verbreiteten Ressentiments führten zum Erstarken von neonazistischen, extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien weltweit. Sie konnten die gesellschaftlichen Widersprüche und autoritären Bedürfnisse in vielen Ländern in Erfolge an der Wahlurne ummünzen. Die Bundesrepublik erschien bis 2013 fast noch als eine Insel der Seligen. Statt einer organisierten rechtsextremen Partei verzeichnete mit der „Piratenpartei“ eine Partei Achtungserfolge, deren Programm einige Elemente zur Stärkung der Demokratie umfasste. Die Illusion

einer Insel der Seligen war jedoch spätestens mit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag 2017 (vgl. Butterwege/Hentges/Wiegel 2018) nicht mehr aufrechtzuerhalten. Im Gegenteil: Während sie 2017 12,6 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, votierten 2025 ein Fünftel aller Wählerinnen und Wähler für die Rechtsaußen-Partei, sodass sie ihr Wahlergebnis innerhalb von acht Jahren fast verdoppeln konnte. Deshalb, so die Idee, sollte im Kolleg durch vergleichende Analysen das Verständnis der autoritären Dynamik in Deutschland und international durch die Kontrastierung, aber auch die Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten der extremen Rechten gestärkt werden.

Während sich die Vorbereitungsgruppe des Graduiertenkollegs im Jahr 2018 der Demokratiegefährdung durchaus bewusst war, war zugleich deutlich, dass es in diesem Feld einer weiteren Theoriebildung bedurfte. Wo der Gegenstand der Forschung selbst in verschiedene Facetten zerfällt, kann er nicht auf einheitliche Begriffe und Sätze gebracht werden. An dieser Stelle zeigt sich ein Spezifikum kritischer Wissenschaft: Sie kann nicht auf widerspruchsfreie Grundbegriffe und -sätze zurückgreifen, ist doch ihr Gegenstand – die Gesellschaft und ihre Mitglieder – durch Widersprüche geprägt. Dennoch war die Wahl des Populismus-Begriffs (Priester 2012; Mudde/Kaltwasser 2017) zur Beschreibung eines zentralen Merkmals des Forschungsfeldes auch Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber dem Erstarken der AfD in Deutschland. „Rechtspopulismus“, für die Analyse bestimmter politischer Phänomene und Parteien ein geeigneter Begriff, schien auch für die AfD eine passende Kennzeichnung zu sein. Als kleinster gemeinsamer Nenner erlebte er eine kurze öffentliche Konjunktur, um in einer Doppelbewegung die AfD zu ächten, an ihre Wählerinnen und Wähler aber den Appell zu Maß und Mäßigung zu senden: Sie sollten nicht den „Populisten auf den Leim gehen“, so könnte man den dahinterstehenden Gedanken paraphrasieren. Eine Art „Extremismusbegriff light“, könnte man rückblickend sagen. Dass hinter einem Gedanken ein Wunsch steht, ist nicht außergewöhnlich. Dass er allerdings in diesem Fall wie beim Extremismusbegriff die Oberhand erlangte, prägte die weitere Entwicklung: Die Adressatinnen und Adressaten des Appells, die AfD-Wählerschaft, durchzog bereits von Anfang an eine neo-nazistische Ideologie, sie war von Beginn an von denselben ethnozentrischen Ressentiments geprägt, wie sie heute offen zu Tage liegen. Dass dennoch „Rechtspopulismus“ Eingang in den Namen des Kollegs gefunden hat, hatte allerdings nichts mit Konformismus in der Vorbereitungsgruppe zu tun, dafür aber umso mehr mit einer Erkenntnis der frühen 1980er Jahre: Klarsichtig konstatierte damals der britische Sozialforscher Stuart Hall, dass das Aufziehen des „autoritären Populismus“ eine Reaktion auf den Beginn des Neoliberalismus war (Hall 1982). Unabhängig von der Reichweite seiner Analyse, eines ließ sich mit seinem Verständnis von Populismus zum Ausdruck bringen: Die enge Verbindung von autoritären Bedürfnissen der Gesellschaftsmitglieder und dem ökonomischen Zentrum der

Gesellschaft brachte den Diskussionsstand in der Vorbereitungsgruppe auf den Punkt. Mit dem Untertitel „Autoritäre Entwicklungen, extrem rechte Diskurse und demokratische Resonanzen“ fächerten wir das Arbeitsprogramm auf.

Im Herbst 2018 nahm das Kolleg seine Arbeit auf. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung initiierte nicht nur die Diskussion um seine Gründung, sondern unterstützte die Entstehung des Kollegs durch die initiale Finanzierung von fünf Promotionsstipendien und einem Habilitationsstipendium. Angesiedelt wurde es als gemeinsames Projekt an der Universität zu Köln bei Gudrun Hentges und an der Universität Leipzig bei Oliver Decker. Entstanden ist auf diesem Weg ein Arbeitszusammenhang, der in den ersten sechs Jahren seines Bestehens wuchs. Dies betraf sowohl die Anzahl der Teilnehmenden als auch das Themenspektrum. Die Beiträge in diesem Band widmen sich nicht nur der Analyse autoritärer Dynamiken, sondern auch den Formen der Gegenwehr gegen Autoritarismus und illiberale Tendenzen in Politik und Gesellschaft. Die Beiträge entstanden im „Graduiertenkolleg Rechtspopulismus – Autoritäre Entwicklungen, extrem rechte Diskurse und demokratische Resonanzen“ oder sind in dessen Umfeld erarbeitet worden. Gegründet als Gemeinschaftsprojekt der Universität zu Köln und der Universität Leipzig bot es zwischen 2018 und heute zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Qualifizierungsphase die Möglichkeit zur gemeinsamen Diskussion ihrer Projekte, seien es Dissertationen oder Habilitationen. Der vorliegende Band dokumentiert nicht nur diese Arbeit, sondern liefert Ankerpunkte für die Stärkung der Demokratie und zur Kritik der in ihr aufgehobenen Widersprüche. Für diese Veröffentlichung sind die Arbeiten in vier Abschnitte gegliedert: Vorgestellt werden eingangs Forschungsergebnisse aus internationaler Perspektive. Den Fokus auf nationale Handlungsstrategien legen die im folgenden Abschnitt versammelten Beiträge zur populistischen und extremen Rechten, ihren Organisationsformen, Themen und Agitationsfeldern. Der hieran anschließende Themenschwerpunkt, das Agitationsfeld Coronapandemie, war bei der Gründung des Kollegs noch nicht absehbar, hat aber für die Neuformierung der anti-demokratischen Bewegungen eine zentrale Bedeutung. Im vierten und letzten Abschnitt werden Forschungsbefunde aus Projekten vorgestellt, die sich mit Strategien gegen autoritäre Entwicklungen und mit Solidarität als Gegenentwurf beschäftigen.

Die Beiträge im *ersten Abschnitt* nehmen eine internationale Perspektive ein. Es werden in Einzelfalluntersuchungen oder im Vergleich Netzwerkstrukturen, Motive und Ideologeme der extremen Rechten untersucht. Mittlerweile wird immer deutlicher, dass sich transnationale und regionale Strukturen der extremen Rechten herausgebildet haben und es zu vielfältigen Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit kommt. In Europa bildet das Europäische Parlament eine wichtige Institution der Vernetzung und Zusammenarbeit.

Daniel Keil beschreibt, wie unter die europäischen Rechtsaußenparteien zahlreiche Parteien subsumiert werden können, deren Programmatik, Ideologie und politische Praxen eine große Bandbreite abdecken, die ideologische sowie programmatische Unterschiede und Widersprüche beinhalten, aber zugleich auch Gemeinsamkeiten aufweisen, die Türen für die Zusammenarbeit öffnen. Daniel Keil greift für seine Analyse auf die unmittelbare Vorgeschichte der Europawahl 2024 zurück und betrachtet die Entwicklungen der extremen Rechten in Europa in der Legislaturperiode von 2019 bis 2024. Er verfolgt die These, dass die heterogene extreme Rechte ein europäisches Projekt ausbaut, das sich sowohl als Gegenprojekt zur EU versteht als auch selbst europäisch agiert. Werden die Erfolge extrem rechter Parteien nur aus der Dichotomie von Nationalstaat und Globalisierung erklärt, greife das zu kurz – die transnationale Dimension der extremen Rechten dürfe nicht außer Acht gelassen werden.

Ismail Küpeli beschreibt in seinem historisch angelegten Beitrag, wie der autokratische türkische Nationalstaat mit seiner Gründung 1923 auf ein homogenes Nationsverständnis setzte. Mit der Ineinssetzung von „Rasse“ und Nation ging das Postulat einer homogenen und unveränderlichen türkischen Sprache, Kultur und Geschichte einher. Während nicht-muslimische Minderheiten grundsätzlich ausgeschlossen wurden, wurden andere, insbesondere Kurdinnen und Kurden, nur dann als Teil der Nation akzeptiert, wenn sie sich einer radikalen Assimilation unterwarfen und ihre eigene kulturelle Identität vollständig aufgaben. Küpeli zeigt, dass diese Assimilationspolitik zentral für die Verwirklichung der von der kemalistischen Staatsführung definierten Vision einer einheitlichen türkischen Nation war, die bedingungslose Loyalität zum Staat und seiner politischen Führung erforderte.

Magdalena Marsovszky untersucht in ihrem Beitrag die okkulten Wurzeln des Illiberalismus in Ungarn und ihre Kontinuität seit dem 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Neo-Mythen wie das sogenannte Magyarentum oder der Mythos der heiligen Krone bieten einen wichtigen Referenzpunkt für die ungarische Rechte und sind kulturell weit verbreitet. Sie kulminieren im von der Fidesz-Regierung 2012 verabschiedeten Grundgesetz, in das die wichtigsten esoterischen Topoi aufgenommen wurden.

Die im *zweiten Abschnitt* zur populistischen und extremen Rechten versammelten Beiträge haben ihre Organisationsformen, Themen und Agitationsfelder zum Gegenstand. *Felix Korsch* analysiert in seinem Beitrag die Dynamik und den Mobilisierungsbruch der Pegida-Bewegung, die 2014 in Dresden als nationalistische Protestinitiative entstand und schnell eine große Popularität erfuhr. Er zeigt, wie interne Spannungen und externe Ereignisse, insbesondere das Demonstrationsverbot am 19. Januar 2015 infolge einer mutmaßlichen Anschlagsdrohung, die Bewegung in ihrer Hochphase ins Straucheln brachten. Korsch beleuchtet die langfristigen Auswirkungen dieses Schlüsseldatums und

schärft am Beispiel Pegidas das Verständnis für die Bedeutung von Kontinuität für Protestmobilisierungen und den Einfluss kontingenter, aber eine Bewegung nachhaltig prägender Ereignisse.

Die großen Erfolge rechter Akteurinnen und Akteure in Onlinegefilten sind nicht allein durch die für sie besonders vorteilhaften digitalen und ökonomischen Bedingungsfaktoren erklärbar. Wie der Cambridge-Analytica-Fall im Zusammenhang mit der US-Präsidentschaftswahl 2016 und der Leave-Kampagne für den Brexit im selben Jahr gezeigt hat, machten sich rechte Kräfte schon sehr früh ganz gezielt neue technologische Manipulationsmöglichkeiten wie datengetstütztes Microtargeting zunutze, mithilfe derer sie die politische Meinungs- und Willensbildung vor Wahlen und Referenden zu beeinflussen suchen (Christl 2019, Kelber/Leopold 2022). Neben dem politischen Microtargeting werden auch die digitale Verbreitung von Desinformation, Social Bots, Trolling, Deep Fakes etc. verstärkt von extrem rechten Akteurinnen und Akteuren dafür eingesetzt, um Diskurse und Stimmungen online zu beeinflussen (siehe z. B. Amadeu Antonio Stiftung 2020, DeCook 2020, Hagen et al. 2020, Hodge/Hallgrimsdottir 2021, Jakubowicz 2017, Ware/Busch 2023). Über eine schlichte Anwendung neuer technologischer Möglichkeiten hinaus, sind zeitgenössische extreme Rechte auch ausgesprochen gut darin, online den richtigen Ton zu treffen, an existierende Onlinekulturen und darin gebundene Begehrensweisen anzuschließen.

Ausgehend von dieser Annahme nimmt der Beitrag von *Johanna Maj Schmidt* in diesem Band das Identifikationsangebot des „Memekriegers“ im Kontext des sogenannten Great Meme War genauer in den Blick. Dabei handelt es sich um eine meme-basierte Propagandakampagne zugunsten von Donald Trumps Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2016. Im Gegensatz zum ungebrochen-ernsthaften Verständnis von Heldentum, das sich in traditioneller Nazi- und Neonazi-Propaganda ausdrückt, lässt sich in den von Schmidt untersuchten memetischen Selbstporträts der Memekrieger häufig ein ambivalentes, ironisch distanzierendes Verhältnis zum Heroischen feststellen, das im Beitrag ergründet wird.

Neben sich verstärkenden kommunalpolitischen Angriffen auf politische Bildung und die progressive Zivilgesellschaft (Kube/Müller 2024), könnten sich durch eine Normalisierung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, zivilgesellschaftliche Kräfteverhältnisse, insbesondere im Bereich politischer Bildung bzw. Demokratieförderung verändern (Gläser 2024). Dies veranschaulicht eine stark von der AfD lancierte Neutralitätsdebatte, die eine verkürzte Interpretation des Beutelsbacher Konsenses in Teilen normalisiert hat (Hentges/Lösch 2021 und Lösch 2022). Auch wenn die Meldeportale, Denunziations- und Informationsplattformen, die von der AfD freigeschaltet wurden, um gegen missliebige Lehrkräfte vorzugehen, teils auf Basis der DSGVO verboten wurden und auch die angestregten Disziplinarverfahren gegen Lehrkräfte in der Regel wieder eingestellt wurden, so hat diese Kampagne unter dem Slogan „Neutrale Schule“ dennoch ein Klima der Angst,

Verunsicherung und Denunziation geschaffen. Unter Lehramtsstudierenden und Lehrkräften ist heute die Argumentationsfigur weit verbreitet, man müsse aufgrund der Existenz der AfD aufmerksamer sein und dürfe sich nicht angreifbar machen – eine Argumentationsfigur, die dem Extremismus-Konzept Vorschub leistet. *Gudrun Hentges* und *Georg Gläser* analysieren diese Entwicklungen in ihrem Beitrag im vorliegenden Band.

Saloua M. Oulad M'Hand beleuchtet in ihrem Beitrag über Soziale Arbeit und Ungleichwertigkeitsideologien Widersprüche und Probleme im Feld der Sozialen Arbeit. Sie argumentiert, dass Soziale Arbeit einerseits die Aufgabe hat, Ideologien der Ungleichwertigkeit entgegenzutreten, gleichzeitig aber selbst – auf Professions- und Akteursebene – in die Reproduktion solcher Ungleichwertigkeitsvorstellungen verstrickt ist. Diskutiert werden die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Soziale Arbeit und Wege zu einem kritisch-selbstreflexiven Umgang mit ihnen.

Im *dritten Abschnitt* sind Beiträge zu einem Mobilisierungsfeld der extremen Rechten versammelt, dessen Entstehen zu Beginn des Graduiertenkollegs noch nicht absehbar war. Mit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020, im Zuge der kontrovers debattierten staatlichen Maßnahmen (Maskenpflicht, Lockdown) zur Eindämmung der Pandemie und mit dem Aufkommen der „Querdenken-Bewegung“, verlagerte sich die sozialwissenschaftliche Debatte. Sie führte weg von einer Fokussierung auf die Parteien der extremen Rechten und hin zu den neuen bewegungsförmigen politischen Akteurinnen und Akteuren. Vor dem Hintergrund des bis heute anhaltenden Mobilisierungspotenzials ist es nicht verwunderlich, dass auch von den Kollegiatinnen und Kollegiaten innerhalb kürzester Zeit mit eigenen Untersuchungen auf die Proteste reagiert wurde. Wie andere sozialwissenschaftliche Studien nehmen sie verstärkt den spezifischen Charakter der Protestbewegungen in den Blick. Die „Querdenken-Bewegung“, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und in der Schweiz in den Jahren 2020 bis 2022 bis zu 35.000 Menschen zu den Protesten mobilisieren konnte, wurde zunehmend zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Empirie und Theoriebildung (Hentges/Gläser/Lingenfelder 2021).

Marieluise Mühe beleuchtet, wie die bundesdeutsche Zivilgesellschaft unter dem Einfluss von Krisen wie der COVID-19-Pandemie und den Bedrohungen durch den Aufstieg der AfD als Brennglas für gesellschaftliche Spaltungslinien fungiert. Sie untersucht, wie rechte Akteurinnen und Akteure auf zivilgesellschaftliche Organisationen einwirken und welche Strategien dabei verfolgt werden, etwa durch interne Unterwanderung, finanzielle Abhängigkeiten oder Diffamierungskampagnen. Gleichzeitig diskutiert sie das ambivalente Verhältnis der Zivilgesellschaft zur Demokratie und fragt, welche Handlungsspielräume für den Umgang mit regressiven politischen Kräften bestehen.

Thorsten Eggers unternimmt in seinem Beitrag eine diskursanalytische Untersuchung über den Begriff der Radikalisierung im Zuge der Proteste gegen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Er zeigt auf, dass durch die wiederholte Warnung vor Radikalisierung eine Verharmlosung der von Beginn an vertretenen antidemokratischen, extrem rechten und antisemitischen Positionen bewirkt wurde.

Felix Sassmannshausen zeigt unter Rückbezug auf die materialistische Rechts- und Staatstheorie Franz L. Neumanns, dass die extreme Rechte in den Niederlanden die Coronakrise als Ermöglichungsbedingung für ihre Politik nutzbar zu machen gedachte, indem sie darauf abzielte, die Exekutive zu entfesseln und so den dialektischen Umschlag in Gewalt zu forcieren. Mit ihrer Politik knüpfte sie an ein mythisches Bild der Demokratie an, wonach eine homogene Bevölkerung ihre Grundlage bilde und ihr darum die Gewaltenteilung fremd sei. Damit bediente sie archaische Bilder eines nationalen Ausnahmezustands, die zu ihrem Mobilisierungspotenzial beitrugen. Obwohl extrem rechte Parteien in den Niederlanden damit keinen unmittelbaren politischen Erfolg erzielten, verstärkten sie doch die Tendenz des im bürgerlichen Staat angelegten dialektischen Umschlages von Gesetz in Gewalt.

Johanna Bröse untersucht, wie die Begriffe Solidarität und Freiheit während der Corona-Pandemie von staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Bewegungen aufgegriffen und unterschiedlich interpretiert wurden. Im Fokus stehen dabei sowohl die rhetorische Nutzung durch staatliche Akteurinnen und Akteure als auch die darauf räsonierenden gesellschaftlichen Diskurse und Dynamiken von Protestbewegungen, insbesondere des rechten Spektrums. Im Anschluss an diese Analysen werden Möglichkeiten diskutiert, wie die Begriffe Solidarität und Freiheit auf der Grundlage von Theorien einer unbedingten Solidarität neu interpretiert werden könnten.

Im *vierten Abschnitt* werden die Strategien gegen autoritäre Entwicklungen und der Gegenentwurf der Solidarität untersucht. Durch das Erstarken der extremen Rechten und des Autoritarismus wird der demokratische Basiskonsens unserer Gesellschaft infrage gestellt, für den die Verbindung von Zivilgesellschaft, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt zentral ist (vgl. Schroeder/Greef/Elsen/Heller 2020, S. 1). Dabei zielt die extreme Rechte auf die Destabilisierung eben dieser Zivilgesellschaft und versucht, in Institutionen einzudringen, sei es in den Bildungsbereich (Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen), in den Kulturbereich (Musikszene, Kino, Theater), in das Feld der schulischen oder außerschulischen politischen oder historisch-politischen Bildung (beispielsweise Gedenkstätten), in den Sport oder in den gewerkschaftlichen Bereich (vgl. Heitmeyer 2019). Dadurch verändert sich die Zivilgesellschaft auf unterschiedlichste Weise: Neben den destabilisierenden Rupturen des demokratischen Gewebes und der zunehmenden Autoritarisierung kommt es auch zu demokratischen

Resonanzen. Für eine Resonanzbeziehung im Sinne Hartmut Rosas fehlt zwar das Miteinander in der Beziehung zwischen extrem rechten und demokratischen Strukturen, aber eine dynamische Beziehung und die Wahrnehmung und die Reaktion der demokratischen Akteurinnen und Akteure auf autoritäre Dynamiken findet statt: „etwas äußeres klingt in uns an“ (Rosa 2023, o.S.). Dabei gestalten sich die Resonanzen ganz unterschiedlich: Von Veränderungen im Schreiben über politische Phänomene, über das Anstoßen von Organisationsentwicklungsprozessen bis zur Ausbildung politischer Identität im Angesicht des gesellschaftlichen Rechtsdralls sind die Umgangsweisen zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure im Wandel begriffen.

Der Beitrag von *Thorsten Fehlberg* untersucht unterschiedliche Motivationen für gegenwärtiges gesellschaftliches Engagement von Personen, die Rom:nja oder Sinti:ze Communities zugehörig sind. Der Text stellt die Entwicklung der Bürgerrechtsbewegung von Sinti:ze und Rom:nja in Deutschland allgemein dar, um bis heute relevante Kollektivinteressen zu erklären. Der Fokus liegt auf der Herausbildung und Veränderung der politischen Identität, die im Rahmen des Engagements von Sinti:ze und Rom:nja seit den 1980er-Jahren in Deutschland entstanden ist. Diese politische Identität ist Teil des Empowerments der Aktivistinnen und Aktivisten und damit Ausgangsbedingung für das heutige Engagement. Mit Hilfe von narrativen problemzentrierten Interviews konnten drei Idealtypen der Motivation für gegenwärtiges gesellschaftliches Engagement herausgearbeitet werden, um Zusammenhänge zwischen Motivation, Biografie und Familiengeschichte der Befragten nachvollziehbar zu machen: Erinnerungsträgerinnen und Erinnerungsträger, Repräsentantinnen und Repräsentanten und verborgene Verbündete.

Der Artikel von *David Aderholz* untersucht die Thematisierung des Nationalsozialismus und der extremen Rechten in der Mitgliederzeitschrift der IG Metall von 1949 bis 2022. Im Fokus stehen die redaktionellen Strategien zur Auseinandersetzung mit diesen Themen und ihre potenzielle Wirkung auf die Mitglieder der Gewerkschaft. Mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse werden latente Motive und Veränderungen in der Berichterstattung über den Erhebungszeitraum herausgearbeitet. Die Analyse zeigt, dass die Zeitschrift häufig ein Bild der Arbeiterschaft als antifaschistisch geprägt darstellt und die Verwicklung von Gewerkschaftsmitgliedern in den Nationalsozialismus oder extrem rechte Strömungen weitgehend ausspart. Dabei verdeutlicht sich das Motiv der Entlastung der eigenen Mitglieder von Mitschuld an Nationalsozialismus und extremer Rechter. Gleichzeitig zeigt die Analyse, dass sich die Einschätzung der Einstellungen der Leserschaft durch die Redaktion über den Erhebungszeitraum verändert und teilweise nicht mit der postulierten antifaschistischen Grundeinstellung der Arbeiterinnen und Arbeiter vereinbar ist. Außerdem reflektiert der Artikel kritisch die Spannungen zwischen gewerkschaftlicher Selbstwahrnehmung, Mitglieder-realität und der politischen Positionierung der IG Metall in der Bundesrepublik.

Dieser Band wäre ohne die vielen kenntnisreichen Diskussionen in den Kolloquien des Kollegs nicht möglich gewesen. Besonderen Dank möchten wir zudem Angela Martin aussprechen. Durch ihr umsichtiges und präzises Lektorat hat sie maßgeblich zur Qualität des Bandes beigetragen. Dem Verlag danken wir für seine geduldige Unterstützung des Bandes. Wir hoffen, einen kleinen Beitrag zur Abwehr antidemokratischer Tendenzen geleistet zu haben.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (2020): Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Monitoring_2020_web.pdf (Abfrage: 05.02.2025).
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD (unter Mitarbeit von Georg Gläser). Frankfurt am Main: Westend.
- Christl, Wolfie (2019): Microtargeting. Persönliche Daten als politische Währung. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/292349/microtargeting/> (Abfrage: 05.02.2025).
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. Gießen: Psychosozial.
- DeCook, Julia Rose (2020): Trust me, I'm Trolling: Irony and the Alt-Right's Political Aesthetic. In: M/C Journal, 23(3). doi: [10.5204/mcj.1655](https://doi.org/10.5204/mcj.1655) (Abfrage: 15.02.2025).
- Fromm, Erich (1941): Furcht vor der Freiheit. In: Ders. (Hrsg.): Gesamtausgabe Bd. 1. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, S. 217–394.
- Gläser, Georg (2024): Arbeitsverhältnisse in Förderprogrammen politischer Bildung. In: Feldmann, Dominik/Pelzel, Steffen/Sämann, Jana (Hrsg.): Kampffeld politische Bildung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 146–155.
- Hagen, Loni/Neely, Stephen/Keller, Thomas E./Scharf, Ryan/Vasquez, Fatima Espinoza (2020): Rise of the Machines? Examining the Influence of Social Bots on a Political Discussion Network. In: Social Science Computer Review, 40 (2), S. 264–287.
- Hall, Stuart (1982): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Haug, Wolfgang Fritz/Efferding, Wieland (Hrsg.): Internationale Sozialismuskussion, Bd. 2, Neue soziale Bewegungen und Marxismus. Hamburg: Argument, S. 104–124.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände – Folge 10. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2019): Warum der Begriff „Rechtspopulismus“ verharmlosend ist. <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/wilhelm-heimmeyer-warum-der-begriff-rechtspopulismus-verharmlosend-ist-a-1283003.html> (Abfrage: 05.02.2025).
- Hentges, Gudrun (2011): Die extreme Rechte in Europa – zwischen niederländischem Rechtspopulismus und ungarischem Rechtsextremismus. In: Gudrun Hentges/Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.): Europa – Quo Vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer, S. 235–276.
- Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (2021): Politische Neutralität vs. politische Normativität in der politischen Bildung. Die Veränderung politischer Öffentlichkeit durch Denunziationsplattformen im Internet. In: Monika Waldis/Manuel Hubacher (Hrsg.): Politische Bildung für die ‚neue‘ Öffentlichkeit? Veränderte Machtstrukturen einer digitalen Gesellschaft, Wiesbaden: Springer, S. 131–152.
- Hentges, Gudrun/Gläser, Georg/Lingenfelder, Julia (2021) (Hrsg.): Demokratie im Zeichen von Corona, Berlin: Metropolis.

Zu den Bildern des Sammelbands

Johanna Maj Schmidt | *We Must Be Mistaken*
(Videoinstallation, 2022)

We Must Be Mistaken ist eine performative 4-Kanal-Videoinstallation über Echokammern in Online-Sphären. Das Publikum bewegt sich zwischen zwei Filterblasen, die durch eine Trennwand/Projektionsfläche markiert sind. Die Arbeit dreht sich um die wachsende Kluft zwischen unterschiedlichen Begehrensmustern: Während die einen sich nach Gleichberechtigung sehnen und ihrem Ärger über vergeschlechtlichte Machtstrukturen Gehör verschaffen, teilen andere zynische Memes zur Verteidigung der „Meinungsfreiheit“ und ihrer Vorstellung von Männlichkeit.

Über die Grenzen der beiden Echokammern hinweg entwickelt sich ein Konflikt, ohne dass sich die Figuren direkt begegnen. Der:die Zuschauer:in bewegt sich zwischen beiden Filterblasen hin und her und erhält so intime Einblicke in die jeweiligen Gefühlswelten und Atmosphären, die bis ins Absurde verdichtet sind. Er:sie muss sich immer wieder neu zu den widerstreitenden Erzählungen positionieren und entscheiden, welcher Sphäre er:sie seine:ihre Aufmerksamkeit schenken will. Die Zuschauenden erhalten Einblicke in beide Echokammern, können jedoch nicht alles wahrnehmen, was darin geschieht.

In *We Must Be Mistaken* bringt Johanna Maj Schmidt unterschiedliche performative Arbeiten aus ihrer Vergangenheit, sowie ihre wissenschaftliche Forschung zu extrem rechten „Meme-Kriegern“ (siehe Beitrag in diesem Band) in eine Konstellation mit Texten befreundeter Autor:innen. Diese lud sie ein, eigene Beiträge als Teil der Videoarbeit zu performen. Die Darsteller:innen bringen damit ihre eigene Verstrickung mit der Thematik in den Prozess der Entwicklung der teils überzeichneten Charaktere ein. Die Rolle der feministischen Wissenschaftlerin wird beispielsweise von der US-amerikanischen Linguistin Dr. Catherine Tebaldi verkörpert, die sich mit sogenannten „Tradwives“, also rechts-extremen Vloggerinnen, beschäftigt. Während Tebaldi zunächst als Expertin auftritt, zeigt sie sich später verletzlicher und hält einen persönlichen Monolog über ihre unerfüllte Sehnsucht nach Intimität.

Die Arbeit ist in Zusammenarbeit mit Charlotte Ruppert (Co-Regie, Co-Autorin), mit Jan-Luca Ott (Produktionsmanagement) sowie vielen weiteren befreundeten Künstler:innen aus Leipzig, New York und London entstanden. Für den vorliegenden Sammelband wählte Johanna Maj Schmidt einige Stills (Videoausschnitte) aus, die mit den einzelnen Kapiteln in Resonanz gehen.

Link zum Trailer: <https://vimeo.com/702028893?share=copy>

Screeener auf Anfrage: johannamajschmidt@posteo.de

Alle Rechte an den Video-Stills: Johanna Maj Schmidt

I. Internationale Perspektiven



Video-Still 1: (Frau vor Screen mit 3D-gerenderter Figur)

Video Still, *We Must Be Mistaken*, Johanna Maj Schmidt, 2022

Entsteht eine europäische Rechte in der politischen Krise der EU?

Überlegungen zur Bedeutung der europäischen Ebene für die Entwicklungen der antidemokratischen Rechten

Daniel Keil

Einleitung

In der jüngeren Literatur zum Aufstieg rechter antidemokratischer Parteien und Bewegungen oder zu autoritären Tendenzen in und gegen Demokratien wird häufig eine neue gesellschaftliche Spaltungslinie zwischen Nationalstaat und globalisierter Ökonomie diagnostiziert (vgl. Hooghe/Marks 2018). Je nach Ansatz erscheint diese Spaltungslinie als ökonomisch oder kulturell geprägt: als Gegensatz von Globalisierungsverlierer:innen vs. Gewinner:innen (vgl. Zürn 2020, S. 164; Jörke/Nachtwey, 2017, S. 153; Widmann 2016) oder von Kosmopolit:innen vs. Kommunitarist:innen bzw. Green-Alternative Liberals vs. Traditional-Authoritarian-Nationalists (vgl. Schäfer/Zürn 2021; Zürn 2020; Ingleheart/Norris 2017). Diese Dichotomisierung gesellschaftlicher Verhältnisse droht allerdings das komplexe Verhältnis von transnationalen und nationalstaatlichen Strukturen zu stark zu vereinfachen.

Sozialräumlich komplexere politische Ordnungsgefüge wie die Europäische Union (EU) haben die politischen Arenen gesellschaftlicher Konflikte und damit die Bedingungen für die Formierung politischer Akteur:innen stark verändert, auch für solche aus dem autoritären, rechten Spektrum. Diese greifen zwar häufig selbst strategisch auf die Behauptung einer Spaltung zwischen Nation und globaler Ökonomie zurück, haben darüber hinaus aber vielfältigere Strategien in der räumlich diversifizierten politischen Konstellation entwickelt.

Im Folgenden soll daher eine Perspektive dargestellt werden, die die Bedeutung der europäischen Ebene für die Entwicklung rechter Parteien und Bewegungen sichtbar macht. Dies dient auch zur Begründung der These, dass die heterogene Rechte ein europäisches Projekt ausbaut, das sich sowohl als Gegenprojekt zur EU versteht als auch selbst europäisch agiert. Dieses rechte europäische Projekt formiert sich in widersprüchlichen Prozessen im Kontext der Polykrise der EU und ist selbst stetigen Wandlungen unterworfen, die einerseits aus den gesellschaftlichen Transformationen durch Krisen und andererseits aus

den damit verbundenen inneren Konflikten resultieren. Strategisch zielt das rechte europäische Projekt vor allem auf die Zerstörung demokratischer, konsensorientierter Institutionen und damit auf die Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft.

Um die Besonderheiten des europäischen rechten Projekts zu erfassen, folge ich zunächst methodisch in Teilen der historisch-materialistischen Politikanalyse (vgl. Buckel et al. 2014). Da diese ein Instrumentarium bereitstellt, um die Formierung verschiedener gesellschaftlicher Akteur:innen zu gesellschaftlichen Projekten in konkreten politischen Kämpfen zu analysieren, werde ich zunächst den dabei verwendeten, aus neogramscianischen und staatstheoretischen Theorien stammenden Projektbegriff skizzieren. Daran schließt eine Kontextanalyse an, um die multiplen Krisenprozesse zu bestimmen, die auf die Formierung von politischen Kräften zu Projekten im Rahmen der von der EU strukturierten politischen Arenen einwirken. Es folgt eine Akteur:innenanalyse anhand von drei Ereignissen: Europawahl 2019, Coronakrise 2020 ff. und Konferenz für die Zukunft Europas 2021 bis 2022. Auf der Basis der Analyse von Reden, Textdokumenten, Manifesten und anderen Verlautbarungen rechter Parteien und Akteur:innen sowie von Berichten und Zeitungsartikeln werden Strategien, Ideologie-Elemente und Widersprüche des rechten europäischen Projekts herausgearbeitet.

Dabei wird auf die hegemonietheoretisch inspirierte qualitative Inhaltsanalyse (vgl. Caterina 2018) sowie auf ideologiekritische (vgl. Beyer/Schauer 2021) und auf wissenspolitologische Überlegungen (vgl. Nullmeier 1993) zurückgegriffen, mittels derer das vorliegende Material geordnet und analysiert wurde. Das Material ist dabei als Produktion eines spezifischen Wissens über Europa und die EU sowie deren Krise zu verstehen, wobei politische, ideologische und strategische Positionen impliziert sind. Dabei wurde analysiert, welche inhaltlichen Topoi mit „Europa“ als Rahmen verbunden werden und welche Vorstellungen über Gesellschaft darin enthalten sind. So werden (ideologische) Konvergenzen und Widersprüche auf europäischer Ebene sichtbar. Gezeigt werden soll damit die Bedeutung Europas für Ideologie, Strategie und Praxis der heterogenen europäischen Rechten.

Theoretische Grundlagen: Der neogramscianisch-staatstheoretische Begriff des Projekts¹

Um die Formierung von heterogenen Akteur:innen in politischen Kämpfen zu verstehen – die europäische Rechte ist sehr heterogen –, wurde in neogramscianischen und staatstheoretischen Arbeiten der Begriff des Projekts entwickelt (vgl. Kannankulam/Georgi 2012). Er verweist auf eine mehrdimensionale

1 Vorüberlegungen hierzu wurden in Keil 2021a formuliert.

Konstellation gesellschaftlicher Akteur:innen in einem historisch-spezifischen Institutionssetting, das selbst einer eingehenden Analyse unterworfen werden muss. In kapitalistischen Gesellschaften nimmt die Aushandlung über die Allgemeinheit eine spezifische Form an: die des Staates. Diese spezifische politische Form ist nicht als Apriori einer Analyse zu setzen, sondern selbst erklärungsbedürftig (vgl. Buckel/Martin 2019). So ist die Organisierung kapitalistischer Gesellschaften in Nationalstaaten aus einer Vielzahl historischer Kämpfe entstanden. Die kapitalistische Reproduktionsweise² weist einige besondere Charakteristika auf, die konstitutiv für die „Besonderung der Politik“ (ebd., S. 244) sind: Die Privatproduktion von Waren, der Warentausch, das Privateigentum an Produktionsmitteln bei gleichzeitiger Freisetzung der unmittelbaren Produzent:innen von Eigentum und Besitz an Produktionsmitteln, die Warenförmigkeit der Arbeitskraft usw. inhärieren eine spezifische Klassenstruktur und damit ökonomische Herrschaft. Gleichzeitig impliziert Warentausch ein Gegenübertreten von rechtlich Gleichen, die einen gewaltfreien Akt des Tausches vollziehen (vgl. Keil 2021a). In dieser Zersplitterung der Produktionsweise stellt sich der Zusammenhang erst vermittelt her. Zugleich fußt diese Form auf Voraussetzungen, die sie selbst nicht herzustellen oder zu garantieren vermag. Daher braucht es eine „auf die Ordnung und den Erhalt der Gesellschaft insgesamt gerichtete Tätigkeit“ (ebd., S. 246), den Staat. Dieser steht „außerhalb des Verwertungsprozesses“ und die „physische Zwangsgewalt erfährt eine von allen gesellschaftlichen Klassen getrennte Institutionalisierung“ (ebd.). Damit konstituiert sich im Reproduktionsprozess durch die Handlungen der Menschen eine relationale Trennung von Politik und Ökonomie, von ökonomischer Macht und politischer Herrschaft (vgl. Keil 2021a). Die Praxen verselbständigen sich zu sozialen Formen, die es ermöglichen, dass die gesellschaftlichen Widersprüche prozessieren können. Die sich derart materialisierende gesellschaftliche „subjektlose Gewalt“ (Gerstenberger 2017) ist dadurch gekennzeichnet, dass alle gesellschaftlichen Klassenfraktionen vom unmittelbaren Zugriff auf die institutionalisierte Gewalt ausgeschlossen sind. In dieser relativen Trennung von Politik und Ökonomie ist auch der spezifische institutionelle Aufbau des Staates begründet. Er ist kein monolithischer Block, sondern besteht aus differenten staatlichen Apparaten, deren Zusammenhang nicht a priori besteht. Die Staatsapparate bilden ein Ensemble, dessen innere Einheit sich über gesellschaftliche Kämpfe und Kompromisse herstellt (vgl. Jessop 2016).

An dieser Stelle setzt der Projekt-Begriff an, um die gesellschaftlichen Kräfte einzuordnen und ins Verhältnis zu setzen. Die in politischen Konflikten ausgedrückten Interessen lassen sich nicht unmittelbar auf Klassenpositionen beziehen,

2 Ich verwende den Begriff der Reproduktionsweise, da er darauf verweist, dass die Produktionsverhältnisse in ein komplexes Geflecht verschiedener gesellschaftlicher Praxen eingebunden sind, durch welche sich die Gesamtheit der Gesellschaft reproduziert. Dies geht über den Begriff der Produktionsweise hinaus.

sondern sind als Artikulationen in einem vielschichtigen Netz aus ideologischen, materiellen und historisch-besonderen Tradierungen und Verdichtungen zu verstehen. Mit dem Projektbegriff kann eine differenzierte Sicht auf politische Konflikte und die darin sich formierenden Konfliktparteien entwickelt werden, da „er es ermöglicht, zwischen Akteuren, Interessen und Strategien zu differenzieren“ und da „er verhindert, vorschnell etwa von der Stellung einer Kapitalfraktion im Akkumulationsprozess auf deren quasi-objektiven Interessen und Strategien zu schließen. Der Begriff des Projektes betont, dass unterschiedliche Akteurskonstellationen darum ringen, ihre Interessen zu verallgemeinern, die darin sich betätigenden gesellschaftlichen Gruppen und Akteure aber nicht sicher wissen können, welche Strategie ihren Interessen unter gegebenen Bedingungen am besten nutzt“ (Kannankulam/Georgi 2012, S. 20).

In der kritischen Europafor schung wurde der Projektbegriff zunächst verwendet, um verschiedene Integrationsprojekte aus Konflikten zu deduzieren (vgl. Apeldoorn 2000), bzw. um konkrete politische Projekte wie den Binnenmarkt oder die Währungsunion zu untersuchen (vgl. Bieling/Steinhuber 2000). Eine Weiterentwicklung ist der Begriff Hegemonieprojekt: Er ermöglicht es, Bündel von Strategien zu erkennen, die von nicht notwendig miteinander verbundenen Akteur:innen in konkreten politischen Konflikten angewandt werden, die eine ähnliche Rationalität aufweisen und, zumindest implizit, die Vision einer generellen sozialen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung beinhalten (vgl. Kannankulam/Georgi 2012). Zur Bündelung dieser Strategien ist es notwendig, die darin implizierte gemeinsame Vorstellung in einem Narrativ oder einem *imaginary* (vgl. Jessop 2004)³ zusammenzufassen, welches als Verbindung für die verschiedenen Akteur:innen funktioniert. Das bedeutet, einen „common sense“ zu entwickeln, eine Perspektive auf die Welt bzw. eine Epistemologie, die wiederum ein spezifisches Verhältnis von Wahrheit und Wissen produziert (vgl. Buckel 2013, S. 18). So können gesellschaftliche Kräfte anhand der von ihnen geteilten Narrative und Strategien gruppiert werden.

Eine zentrale Rolle in der Entwicklung und Bündelung von Strategien und generellen *imaginaries* spielen Parteien, die sowohl außerparteiliche intellektuelle Tätigkeiten adaptieren als auch Teil der Vermittlung ähnlicher strategischer Rationalitäten und genereller Weltsichten sind.⁴ Auch wenn sich politische Konflikte

3 Im Folgenden werde ich den Begriff der „Imagination“ verwenden, der jedoch leider den „Imaginary“-Begriff nur unzureichend übersetzt. Der Vereinfachung halber verwende ich ihn trotzdem. Dabei sollte jedoch berücksichtigt werden, dass damit keine von der Gesellschaft losgelöste Vorstellungsproduktion gemeint ist, sondern vielmehr eine spezifische ideologische Vorstellung, in der sich unbewusste und bewusste Wahrnehmungen sowie gesellschaftliche Strukturen vermengen.

4 Parteien sind in der materialistischen Staatstheorie merkwürdig unterbelichtet. Einen Versuch, die Bedeutung und Rolle von Parteien in der Staatstheorie von Poulantzas zu verorten, unternimmt Jäger (2010).

häufig außerhalb von Parteipolitik entzünden, so sind für deren Verlauf und Entwicklung Parteien dennoch ein wichtiges Element, da sie Konflikte reinterpretieren, adaptieren und in den Staatsapparaten vermittelt austragen. Vom Begriff der Hegemonieprojekte ist der des Staatsprojekts jedoch zu unterscheiden: Als Staatsprojekte werden politische Imaginationen und Praktiken bezeichnet, die die Grenzen des Staates gegenüber der Gesellschaft definieren und regulieren sowie eine innere Einheit der verschiedenen Staatsapparate herstellen (vgl. Jessop 2016, S. 84).

Kontext: Multiple Krise und Europäische Arena

Im europäischen Integrationsprozess hat sich ein Staatsapparate-Ensemble herausgebildet, das auch zu einer Europäisierung der politischen Felder bzw. Konfliktarenen geführt hat (vgl. Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014). Das Staatsprojekt Europa ist im Zuge der Krisen seit 2008 selbst in die Krise geraten, was als Ergebnis einer komplexen Rekonfiguration von Kräfteverhältnissen zu verstehen ist (vgl. Wissel 2019, S. 49 f.). Die Bearbeitung der Krise 2008 ff. durch die EU bedeutete aufgrund der in den Verträgen festgeschriebenen neoliberalen Fiskal- und Geldpolitik, die als „Iron Cage“ (vgl. Ryner 2015) bezeichnet wurde, die Fortführung der Dominanz des neoliberalen Projekts bei gleichzeitiger De-Politisierung dieser Politiken (vgl. Davidson 2017, Chamayou 2020, S. 310). Folge waren Risse im neoliberalen Hegemonieprojekt und im Block an der Macht, also in Allianzen innerhalb der herrschenden Klassenfraktionen. Die De-Politisierung führte zu einer Schwächung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten und zu einer Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, was wiederum die Verengung politischer Handlungsmöglichkeiten unterstützte. Resultat war eine tiefgreifende Hegemoniekrise (vgl. Oberndorfer 2020) bzw. Legitimitätskrise (vgl. Schmidt 2020). Unter Hegemoniekrise wird eine Blockade des Prozessierens politischer Widersprüche verstanden, weil keine Fraktion, kein Hegemonieprojekt eine hegemoniale Stellung erreichen kann, da die Wege einer alternativen Entwicklung – und der politischen Berücksichtigung subalternen Interessen – zunehmend versperrt sind. Legitimitätskrisen bestehen in diesem Sinne darin, dass die Mitwirkung und Einflussnahme auf Entscheidungen (Input-Legitimität) ebenso gestört ist wie die Partizipation an Entscheidungsprozessen (Throughput-Legitimität). Blockaden solcher Art führen zu teilweise drastischen Verschiebungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Vormalig in relativ gefestigten Projekten formierte gesellschaftliche Kräfte beginnen sich zu reorientieren, wodurch es zu Zerfallsprozessen kommen kann. Ausdruck finden diese in tiefgreifenden Veränderungen von Parteiensystemen (vgl. z. B. Amable/Palombarini 2018) oder der inneren Veränderung von Parteien.

Im Europäischen Parlament zeigt sich dies beispielhaft am Konflikt zwischen EVP und Fidesz und den fortdauernden Versuchen der Neuformierung einer rechten Fraktion.⁵ Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass in den Krisenprozessen der letzten Dekade die Formierung von Hegemonieprojekten zunehmend schwieriger wurde und Kräftekonstellationen in gewissem Sinne fluide geworden sind. Die Prozesse der wechselseitigen Verstärkung multipler Krisenelemente lässt sich wie folgt zusammenfassen: Während auf der einen Seite insbesondere ökonomische Politiken in einen sehr festen Rahmen gepresst sind, der nur wenig Spielraum lässt, entstehen auf der anderen Seite unterschiedliche Krisen (ökonomische Krisen, Klimakrise, Coronakrise usw.), die sich gegenseitig überlappen und verstärken können. Das führt zu der Notwendigkeit, auf neue Krisen kurzfristig zu reagieren, während an anderer Stelle der Krisenprozess keineswegs gelöst wird. Dies kann dazu führen, dass Krisen sich perpetuieren, indem sie normalisiert werden – auch, weil die Handlungsnotwendigkeit an anderer Stelle gesehen wird (vgl. Klauke 2022). Einerseits kann eine solche Konstellation strategisch genutzt werden, um Handlungskapazitäten von einem krisenhaften Politikfeld auf ein anderes zu verschieben, andererseits können sich dadurch Konflikte auch potenzieren. Zudem kann sich ein Widerspruch zuspitzen, der zwischen kurzfristigen Bearbeitungen und langfristigen Lösungen von Krisenaspekten besteht: „In der Krise konterkariert das kurzfristig Gebotene das langfristig Erforderliche“ (Vobrubá 2015, S. 221).

Dieser Widerspruch zwischen kurzfristigen Bearbeitungen und langfristigen Erfordernissen ist nicht zuletzt Teil der Krise des Staatsprojekts Europa. So ist auch die vereinheitlichende europäische Erzählung der EU in die Krise geraten, da das „alte Narrativ von ‚Frieden und Wohlstand‘ [...] durch eine Kosten-Nutzen-Sicht auf die Europäische Integration abgelöst“ wurde (Brasche 2017, S. 337) und diese Kosten-Nutzen-Sicht immer mehr den Imperativen kurzfristiger Lösungen unterworfen wird. Hierdurch verschärfen sich die Spannungen innerhalb der EU. Durch die Einführung der Unionsbürgerschaft wurde rechtlich ein europäisches Allgemeines geschaffen, die EU wurde dadurch maßgeblich territorialisiert⁶ und zu einer allgemeinen politischen Angelegenheit für alle Unionsbürger:innen (vgl. Wissel 2015). Mit der Krise der legitimatorisch wirkenden europäischen Imaginationen gerät auch dieses europäische Allgemeine unter Druck und Krisen und Konflikte auf einzelnen Politikfeldern werden zumindest implizit zu Kämpfen um die Zukunft eines europäischen Allgemeinen. Die Krise stellt sich also so dar,

5 Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) ist die Fraktion christdemokratischer und konservativer Parteien im Europäischen Parlament. Ihr ist beispielsweise die CDU zugehörig. Auch die ungarische Regierungspartei Fidesz war bis zu ihrem Austritt 2021 Mitglied der Fraktion.

6 Territorialisert meint, dass neben den nationalen Territorien ein eigenes europäisches EU-Territorium entstanden ist, das über die Unionsbürgerschaft und europäische Außengrenzen Materialität erlangt.

dass gerade auch gesellschaftlich umfassende Konzepte und Vorstellungen volatil und umkämpft werden: Europa, Nation, Grenze und weitere. Institutionen und Vorstellungen, die – im Unterschied zu konkreten Politiken – eine „tief verankerte Hegemonie“ aufweisen (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014, S. 34), werden zunehmend brüchig und zu Kampffeldern gesellschaftlicher Konflikte.

Akteursanalyse: Elemente eines rechten europäischen Projekts und die Konflikte um die Zukunft Europas

In den jüngsten Krisen ist eine Tendenz der Erschütterung des gesamten europäischen Integrationsprojekts zu beobachten. Nachdem 2013 der damalige Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso ein neues Narrativ für Europa gefordert hat (vgl. Barroso 2013) und 2016 im Anschluss an die Entscheidung für den Brexit ein Weißbuch für die Zukunft Europas erstellt wurde (vgl. EC 2016), entstand eine breite Debatte über die Zukunft der EU und allgemeiner über die Zukunft Europas. Die COVID-19-Pandemie trug dazu bei, dass die Suche nach einer Vision für die EU und für Europa intensiviert wurde: „The current crisis urgently calls for visions for the EU and, indeed, the world post-COVID-19“ (Wodak 2021, S. 130). Die Zukunft Europas ist damit zu einem politikfeldübergreifenden (diskursiven) Kampffeld geworden, auf dem nicht nur einzelne Politiken debattiert, sondern grundsätzlich die Konstellation demokratischer Politik und die Komposition des Staatsprojekts Europa verhandelt werden. Ehedem erstarrte Verhältnisse sind durch die Krisen flüssig geworden: Gesellschaftliche Kräfte rekonfigurieren sich und neue Verfahren werden erprobt. Jede neue Krise trägt dabei das Potenzial, die gesamte Konstellation in Frage zu stellen.

In diesem Setting sind Bemühungen rechter Parteien und Akteur:innen zu beobachten, ein eigenes, spezielles Verständnis von Europa zu entwickeln, auf europäischer Ebene zu kollaborieren und damit dort eine eigene, neue gesellschaftliche Kraft zu werden. Diese Versuche sind geprägt von schnellen Sprüngen zwischen den Krisenfeldern und den darin jeweils neu erscheinenden Widersprüchen und Ambivalenzen. Diese entspringen aus den sehr unterschiedlichen Interessenlagen und der jeweiligen nationalen Verortung der Akteur:innen im Verhältnis zur EU.

Die konkreten Widersprüche zwischen den jeweiligen Positionen rechter Akteur:innen (Stellung zum Neo- bzw. Ordo-Liberalismus, zum Austritt aus der Euro-Währungsunion und der Abschaffung der EU, zum Verhältnis zu Russland usw.) können allerdings im Hinblick auf die grundsätzliche Frage nach der Zukunft Europas und durch die Fokussierung auf Feindbildkonstruktionen und Vorstellungen von einem ursprünglichen Europa dethematisiert werden. Europa wird dabei zu einer mythologisch-vagen Imagination, die je nach Situation konkretisiert und angepasst werden kann. Dabei bleibt das Verbindende die